

Protokoll Nr. 13 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 28.01.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 22:15 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat | Songül Aslan
Christian Carstens
Gudrun Eickelberg
Wiebke Feuerhake
Maria-Katharina Gonther
Dr. Vera Helling
Klaus-Peter Land
Kay Middendorf
Maria Schmidt
Dr. Hans-Peter Volkmann | Miriam Benz
Hela Dumas
Anna Faethe
Dr. Michael Fillié
Markus Gonther
Sandor Herms Herms
Jörn Linnertz
Gabriele Schmidt
Dr. Wolfgang Schober |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Dr. Karin Mathes | |
| c) Gäste | Stefanie Huntemann, Dr. Jan Viebrock-Heinken (Umweltressort)
Friedhelm Behrens, Klaus Roocke (swb AG)
Matthias Müller (wesernetz Bremen GmbH) | |

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 12 der Beiratssitzung am 17.12.2020 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Frau Feuerhake stellt die neu gegründete Projektgruppe zum Nelson-Mandela-Park vor: Das Ziel sei es, den Park lebens- und liebenswerter zu gestalten. Sie freue sich über Anregungen und bietet Interessierten die Mitarbeit in der Projektgruppe an.¹

Herr Dr. Schober macht auf Streitigkeiten um Covid-19-Impfstoffe aufmerksam. Es gebe Prioritätenlisten, nach denen beispielsweise in Krankenhäusern unter anderem medizinisches Personal vorrangig zu impfen sei. Im Krankenhaus St. Joseph-Stift habe dies noch nicht vollumfänglich umgesetzt werden können – gleichzeitig hätten sich jedoch Mitglieder der Geschäftsführung beim Impfen „vorgedrängelt“.² Er bittet daher die betreffenden Personen sich öffentlich zu entschuldigen.

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Ein Bürger bemängelt, dass er vom Ortsamt noch keine Antwort auf seinen in der Beiratssitzung am 29.10.2020 überreichten Bürgerantrag zur mobilen Heizanlage auf dem Gelände des Wohnparks Schwachhausen erhalten habe.³ Die vorgeschriebene Sechs-Wochen-Frist für die Beantwortung sei mittlerweile verstrichen.

¹ Weitere Informationen finden sich im Protokoll vom 16.12.2020 des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend und Kultur“ unter [Protokoll Nr. 7](#).

² Dies war am 20.01.2021 der lokalen Presse zu entnehmen.

³ Der Bürgerantrag ist dem Protokoll der Beiratssitzung am 29.10.2020 als Anlage 1 angefügt und kann hier abgerufen werden: [Bürgerantrag Initiative Wohnpark Schwachhausen](#).

Frau Dr. Mathes erwidert, dass in der Beiratssitzung am 29.10.2020 vereinbart worden sei, dass das Bauressort zunächst eine schriftliche Stellungnahme dazu abgebe, bevor sich der Beirat weiter mit dem Thema in öffentlicher Sitzung befasse.⁴ Die Antwort seitens des Bauressorts liege jedoch – trotz mehrfachen Anmahns – leider immer noch nicht vor. Sie sei jedoch vorsichtig optimistisch, dass die Antwort bis zur Sitzung des Ausschusses „Bau und Stadtentwicklung“ am 11.02.2021 vorliegen werde. Dann solle im öffentlichen Teil der Sitzung des Fachausschusses der Bauantrag für eine temporäre Erschließung über die Scharnhorststraße sowie nach Möglichkeit der Bürgerantrag zur mobilen Heizanlage auf der Tagesordnung stehen.

Der Bürger schlägt weiter vor, gemeinsam mit dem Beirat ein Protestschreiben mit der Forderung der fristgerechten Beantwortung von Anträgen und Beschlüssen an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) zu richten. Zudem bittet er das Ortsamt darum, den Bürger*innen künftig eine Zwischenmeldung zum Bearbeitungsstand ihrer Bürgeranträge zu erteilen.

Die CDU-Fraktion und Frau Gabriele Schmidt stimmen den Vorschlägen des Bürgers zu.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes weist auf folgende eingegangene Antworten zu Beiratsbeschlüssen hin:

- Antwort des Senators für Inneres (SI) auf den Beiratsbeschluss „Smarte Parkraumbewirtschaftung – aber fair“ vom 28.05.2020;⁵
- Antworten der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) sowie des Senators für Inneres auf den Beiratsbeschluss „Drogenabhängige und Drogenkriminalität nicht nach Schwachhausen abdrängen“ vom 17.12.2020;⁶
- Antwort der Bremer Stadtreinigung (dbs) auf den Beiratsbeschluss „Mehr Beiratsbeteiligung bei der Ausarbeitung des Entwicklungsplans 2024“ vom 17.12.2020.⁷

TOP 2: Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Fernwärmeverbindungsleitung vom Müllheizkraftwerk an der Uni zum Heizwerk Vahr

Frau Dr. Mathes hält eingangs fest, dass der Beirat als Träger öffentlicher Belange heute die Möglichkeit habe, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Fernwärmeverbindungsleitung eine Stellungnahme abzugeben. Privatpersonen könnten weiterhin bis 03.02.2021 Einwendungen geltend machen.⁸

Anschließend stellt Frau Huntemann anhand einer Präsentation das behördliche Verwaltungsverfahren zur Planfeststellung vor.⁹ Bei der Vorprüfung des Vorhabens habe sich ergeben, dass damit erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt verbunden wären, so dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen sei. Ebenso erläutert Frau Huntemann die bislang stattgefundenen Beteiligungen und die zukünftigen rechtsstaatlichen Verfahrensschritte nach dem Ende der Einwendungsfrist am 03.02.2021.

Herr Middendorf kritisiert, dass SKUMS die vom Beirat beschlossene Informationsanfrage zur Fernwärmeverbindungsleitung nicht bzw. nicht ausreichend beantwortet habe.¹⁰ Eine schriftliche Antwort stehe dem Beirat zu. Ohne die Beantwortung dieser in der Informationsanfrage enthaltenen Fragen fehle es dem Beirat an wichtigen Informationen, um eine Stellungnahme abgeben zu können. Herr Middendorf betont, dass die CDU-Fraktion keine prinzipiellen Einwände gegen

⁴ Siehe [Protokoll Nr. 11](#) der Beiratssitzung am 29.10.2020.

⁵ Das Antwortschreiben ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

⁶ Das Antwortschreiben der SGFV ist dem Protokoll als **Anlage 2a**, das Schreiben des SI als **Anlage 2b** angefügt.

⁷ Das Antwortschreiben der dbs ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

⁸ Informationen zum entsprechenden Planfeststellungsverfahren und die bisherigen Positionierungen des Beirats sind hier zusammengestellt: <https://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen-1467>. Weitere Informationen sowie die Antragsunterlagen sind hier abrufbar: <https://www.bauumwelt.bremen.de/detail.php?gsid=bremen213.c.345044.de>.

⁹ Die Präsentation ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

¹⁰ Diese Informationsanfrage gemäß § 7 Absatz 1 Satz 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter wurde am 02.12.2020 vom Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ einstimmig beschlossen, siehe **Anlage 5a**.

Fernwärme habe, aber im Interesse der Bürger*innen alle Umstände abgewogen werden müssten.

Herr Dr. Volkmann und Herr Linnertz ergänzen, dass im ersten Schritt – vor Abgabe einer Stellungnahme – die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme geklärt werden müsse. Die Maßnahme sei klimapolitisch begrüßenswert, aber auch weitere Faktoren müssten geprüft werden, wie die Kosten für die Verbraucher*innen. Zudem ergäben sich während der Baumaßnahme große Belastungen für viele Anwohner*innen. Weiter sei fraglich, ob eine Trassenverlegung durch den Stadtteil sinnvoll sei, da es hier kaum Neubauprojekte gebe, die an das Fernwärmenetz angeschlossen werden könnten. Unklar sei, ob für die Bewohner*innen Schwachhausens ein Anschluss an das Fernwärmenetz möglich sei.

Herr Viebrock-Heinken erwidert hierzu, dass

- SKUMS schriftlich und fristgerecht die Fragen der Informationsanfrage beantwortet habe, die sich auf die rechtlichen Grundlagen des Planfeststellungsverfahrens beziehen.¹¹ Ggfs. könne die swb AG in der heutigen Sitzung Stellung zu den noch offenen Fragen beziehen;
- der Beirat die offenen Fragen und Zweifel an der Sinnhaftigkeit mit in die Stellungnahme einfließen lassen könne und einwenden könne, dass die Antragsunterlagen zu dem Vorhaben nicht ausreichend seien. Dann könnten diese Punkte im Erörterungstermin aufgerufen werden. Erst dann werde er bzw. die Planfeststellungsbehörde sich zu den in die Stellungnahme eingebrachten Fragen und Einwendungen äußern – so sehe es das Verfahren vor;
- es sich bei dem Planfeststellungsverfahren um ein Verwaltungsverfahren und kein politisches Verfahren handele. Der Beirat sei diesbezüglich kein Entscheidungsgremium, sondern könne als Träger öffentlicher Belange seine Stellungnahme abgeben. Dies sei per Gesetz so vorgesehen.

Auf Nachfragen und Anmerkungen der CDU-Fraktion zur Sinnhaftigkeit bzw. Verhältnismäßigkeit der Fernwärmenutzung und -trasse erläutert Herr Behrens, dass

- die Fernwärme eine gute Alternative zur Kohlenutzung sei;
- die Maßnahme aus einzel- und volkswirtschaftlicher Sicht als gut gelte und ein Gewinn für alle sei. Die Fernwärme sei wettbewerbsfähig zu anderen Wärmesystemen in Bremen, sonst wäre sie auch nicht durchsetzbar. Die Preise seien vom Kartellamt auf ihre Angemessenheit hin überprüft worden und die Überprüfung habe keine Beanstandungen ergeben;
- Investitionskosten nicht auf Kunden abgewälzt werden dürften;
- sich die teureren Kilowattstunden für die Fernwärme durch zum Beispiel entfallende Schornsteinfegerkosten sowie Wartungskosten von Heizungsanlagen relativierten;
- sich die Bürger*innen Schwachhausens an das Fernwärmenetz anschließen lassen könnten. Dies sei auch gewünscht – es werde angestrebt, das Fernwärmenetz zu verdichten. Für den Anschluss seien Verteilernetze zu den betreffenden Häusern erforderlich;
- die Kosten für die Fernwärmeverbindungsleitung 60 Mio. €, die für das neue Blockheizkraftwerk in Hastedt 140 Mio. betragen. Der zweijährigen Bauphase der Fernwärmetrasse stehe eine mindestens 50-jährige Nutzung dieser Leitung gegenüber, sodass in der Abwägung die Vorteile dominierten.

Herr Viebrock-Heinken erklärt auf Nachfrage von Herrn Land, dass eine zu spät eingereichte Stellungnahme eines Trägers öffentlicher Belange dennoch berücksichtigt werden müsse. Sie sollte dafür jedoch vor dem Erörterungstermin und möglichst frühzeitig eingehen.

Auf Nachfragen aus der Bevölkerung antworten Herr Viebrock-Heinken und Herr Behrens wie folgt:

¹¹ Das Antwortschreiben von SKUMS zur Informationsanfrage, mit näheren Erläuterungen, ist dem Protokoll als **Anlage 5b** angefügt.

- Durch den Wechsel zur Fernwärme reduziere sich der CO₂-Ausstoß stark. Für den Stadtteil bedeute dies darüber hinaus, dass weniger Emissionen aus Einzelanlagen in die Luft gelangten.
- Für die Bauphase seien zwei Jahre angesetzt.
- Eine alternative Trassenführung durch die Scharnhorststraße sei nicht vorgesehen. Die geprüften und wieder verworfenen Alternativrouten seien der Vollständigkeit halber in dem Antrag aufgeführt, um auch diese offenzulegen.

Die Fraktionen der SPD und der Grünen merken zur Position der CDU-Fraktion an, dass das Verwaltungsverfahren zur Planfeststellung laufe und die CDU-Fraktion eine Trassenverlegung nicht verhindern könne, auch wenn keine Stellungnahme des Beirats abgegeben werde. Das Recht zur Abgabe einer Stellungnahme solle unbedingt wahrgenommen werden – die Abgabe einer Stellungnahme sei auch eine Pflicht den Bewohner*innen des Stadtteils gegenüber. Das Ziel der Stellungnahme sei es, das Beste für den Stadtteil herauszuholen, um die negativen Auswirkungen des Trassenbaus möglichst gering zu halten. Die Stellungnahme biete dem Beirat die Möglichkeit, Kritik und Forderungen einzubringen und zudem auf eine Beantwortung der noch offenen Fragen zu bestehen. Diese Chance dürfe der Beirat nicht ungenutzt verstreichen lassen, zumal Herr Viebrock-Heinken verdeutlicht habe, dass es vor dem Erörterungstermin keine ausführlichere Antwort auf die Informationsanfrage geben werde.

Ein Mitinitiator verweist auf die Online-Petition, „Kein Kahlschlag für den Ausbau der Fernwärme aus einer Müllverbrennungsanlage“ mit 816 Unterzeichnenden, die an SKUMS und den Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft übergeben worden sei. Die Petition setze sich zu Gunsten des Baumschutzes für einen geänderten Verlauf der Fernwärmetrasse in der H.-H.-Meier-Allee ein sowie für die Umgestaltung der H.-H.-Meier-Allee zur Fahrradstraße. Er überreicht den Beiratsmitgliedern die Petition und bittet ihn, die in der Petition genannten Punkte in seine Stellungnahme einzubeziehen.¹²

Frau Dr. Mathes bittet zunächst die CDU-Fraktion ihren Antrag vorzustellen.

Herr Middendorf stellt den Antrag auf Aussetzung der Stellungnahme vor: Der Beirat könne erst eine Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange abgeben, wenn ihm die notwendigen Angaben für die sachgerechte Beurteilung vorliegen. Daher werde SKUMS um Beantwortung der noch offenen Fragen gebeten. Die am 02.12.2020 vom Beirat beschlossene Informationsanfrage¹³ habe die Fraktion DIE LINKE um drei Fragen ergänzt.¹⁴

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass dem Beirat zudem ein Entwurf zu einer Stellungnahme der Fraktionen der Grünen und der SPD vorliege.

Herr Land stellt die Stellungnahme vor:¹⁵ Der Einstieg in die Wärmewende sei wichtig, aber es müssten Umwelt-, soziale und verkehrliche Folgen gesteuert werden. Dabei habe der Erhalt von Bäumen absolute Priorität. Nachpflanzungen sollten möglichst vollständig im betroffenen Stadtteil vorgenommen werden. Wegen der Schwere des gesamten Eingriffs müsse der Ausgleich höher ausfallen als gesetzlich notwendig: Für zwei gefällte Bäume seien daher drei, für besonders geschützte Bäume fünf Nachpflanzungen zu veranschlagen. Hierfür hätten sie über 50 neue Vorschläge für Baumstandorte im Stadtteil zusammengestellt.¹⁶ Zudem werde die swb AG aufgefordert, einen Stadtteilstift für Umweltmaßnahmen mit einem Volumen von mindestens 200.000 € für den Stadtteil einzurichten. Es sollten keine neuen Versiegelungen dort, wo die Trasse auf Grünstreifen trifft, vorgenommen werden. Zudem seien die Verkehrsbeeinträchtigungen für den

¹² Die Petition ist abrufbar unter <https://www.openpetition.de/petition/online/kein-kahlschlag-fuer-den-ausbau-der-fernwaerme-aus-einer-muellverbrennungsanlage>.

¹³ Siehe Fn 10 bzw. Anlage 5a.

¹⁴ Der Antrag der CDU zur Aussetzung der Stellungnahme ist dem Protokoll als **Anlage 6a**, die aktualisierte Informationsanfrage dem Protokoll als **Anlage 6b** angefügt. Neu – gegenüber der vom Beirat am 02.12.2020 beschlossenen Informationsanfrage – sind die Fragen 3. bis 5. zu A.

¹⁵ Der gemeinsame Antrag der Fraktionen der Grünen und der SPD ist als **Anlage 7a** diesem Protokoll angefügt.

¹⁶ Vorschläge für weitere Baumstandorte sind als **Anlage 7b** diesem Protokoll angefügt.

Stadtteil möglichst gering zu halten und die Neugestaltung des Marktplatzes am Baumschulenberg mit weiteren Fahrradstellplätzen sowie die Neuordnung der H.-H.-Meier-Allee als Fahrradstraße sollten berücksichtigt werden.

Frau Dr. Mathes lässt zunächst über den Antrag der CDU einschließlich der modifizierten Informationsanfrage abstimmen:

Dieser wird bei neun Ja-Stimmen (CDU, LINKE, FDP), acht Ablehnungen (Grüne, SPD) und zwei Enthaltungen (SPD, Die Partei) mehrheitlich angenommen.

Die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der Grünen und der SPD wird damit obsolet.

Die Beiratsfraktionen einigen sich abschließend darauf, im Fachausschuss „Globalmittel, Koordination und Prävention“ noch einmal über einen möglichen Konsens für eine gemeinsame Stellungnahme zu beraten.

TOP 3: Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteilbudget für die Entsiegelung in der Hackfeldstraße 17

Frau Dr. Mathes weist zunächst darauf hin, dass dem Beirat aktuell noch 251.475 € aus seinem Stadtteilbudget zur Verfügung stünden.

Sie erinnert daran, dass der Fachausschuss „Umwelt und Klimaschutz“ einstimmig beschlossen habe, beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV) eine Prüfung und Kostenschätzung im Rahmen seines Stadtteilbudgets für die Renaturierung der Fläche vor Hausnummer 17 in der Hackfeldstraße vornehmen zu lassen. Es gehe um einen etwa 5x7 Meter großen gepflasterten Bereich zwischen Gehweg und Straße.¹⁷

Die Kostenschätzung des ASV für die Entsiegelung der Fläche liege nun vor und belaufe sich auf 4.200 €.

Frau Dr. Mathes lässt über die Vergabe von 4.200 € aus dem Stadtteilbudget für die zuvor beschriebene Maßnahme abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

TOP 4: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecherin

Eickelberg

Vorsitzende

Dr. Mathes

Protokoll

Auras

¹⁷ Nähere Informationen finden sich im Protokoll der Sitzung des Fachausschusses „Umwelt und Klimaschutz“ am 12.01.2021 unter [Protokoll Nr. 5](#) sowie der dazugehörigen Anlage 1: [Hackfeldstraße, Bürgerantrag Teilentsiegelung](#).